

Verpflichtung auf das Datengeheimnis nach § 4 und § 17 DSO-Bund

< **Vorname, Name** >

wird unter Aushändigung der Datenschutzordnung des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland, K. d. ö. R. wie folgt auf das Datengeheimnis verpflichtet und auf die Strafbarkeit von Verstößen hingewiesen:

„Ich verpflichte mich, das Datengeheimnis zu wahren, das heißt, personenbezogene Daten, also alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen, nicht unbefugt oder unrechtmäßig zu verarbeiten oder absichtlich oder unabsichtlich die Sicherheit der Verarbeitung in einer Weise zu verletzen, die zur Vernichtung, zum Verlust, zur Veränderung, zur unbefugter Offenlegung oder unbefugtem Zugang führt.

Ich werde personenbezogene Daten nicht zu einem anderen als dem zur jeweiligen rechtmäßigen Aufgabenerfüllung gehörenden Zweck verarbeiten.

Ich verpflichte mich, die sich aus dem Arbeitsvertrag, bzw. aus einer Berufung in ein Gremium des Bundes, sowie gesetzlichen Regelungen ergebenden Verschwiegenheits- und Geheimhaltungspflichten zu beachten.

Mir ist bewusst, dass diese Verpflichtung nach Beendigung meiner Tätigkeit in einem bestimmten beruflichen Aufgabenfeld oder einer ehrenamtlichen Mitarbeit in einem Gremium des Bundes fortbesteht. Mir ist bewusst, dass Verstöße gegen das Datengeheimnis nach Rechtsvorschriften des Bundes oder staatlichen Rechtsvorschriften mit Geld- oder Freiheitsstrafen geahndet, Geldbußen und Schadenersatzansprüche mir gegenüber begründen und arbeitsrechtliche Konsequenzen bis hin zur Kündigung des Arbeitsverhältnisses nach sich ziehen können.

Mir ist bekannt, dass ich mich bei Zweifeln über das Datengeheimnis an meinen Vorgesetzten, den Leiter des Gremiums oder den Datenschutzbeauftragten des Bundes wenden kann.

Ich habe die Datenschutzordnung des Bundes gelesen.“

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift Mitarbeiter/in